

JOCHEN THORNS BRANDSchutz-Chefredakteur Stuttgart

Auf Ungewolltes vorbereiten

Starkregenereignisse mit bisher nicht gekanntem Ausmaß, Großwaldbrände wie in Südeuropa, extreme Hochwasser mit Überschwemmungen großer Landesteile. In Deutschland haben wir immer öfter sich zuspitzende Naturereignisse, welche die Feuerwehren, die Hilfsorganisationen und das Technische Hilfswerk, kurz die Kräfte des Bevölkerungsschutzes in großem Maße fordern. Hinzu kommen diffuse Bedrohungslagen durch Terroranschläge und den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine.

Das Ende des Kalten Krieges vor rund 35 Jahren führte auch zur Reduzierung der Vorbereitungen auf den Ernstfall: Einheiten und Einrichtungen für den Zivil- und Katastrophenschutz wurden reduziert oder aufgelöst. Vielerorts gibt es heute weder ein durchgängiges Warnsystem, das flächendeckend auch Sirenen umfasst, noch Schutzräume. Die Ausrüstung für den Zivil- und Katastrophenfall mit den damals flächendeckend stationierten Einheiten – im Fall der Feuerwehren die »Löschzüge Wasser« (LZ-W), die »Löschzüge Retten« (LZ-R) und den ABC-Zug – wurde reduziert und auf ein neues Konzept angepasst. Aber »passt« dieses Konzept für die neuen Herausforderungen?

»Wir hatten in der jüngsten Vergangenheit Ereignisse, auf die wir nicht vorbereitet waren, weshalb es dringend neue Konzepte braucht, um solche Ereignisse bewältigen zu können«, stellte Karl-Heinz Banse, Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, jüngst fest. Er sei mit Blick auf die Naturereignisse, aber auch auf den Angriffskrieg Russlands überzeugt, »dass wir uns auch auf Dinge vorbereiten sollten, die wir in Deutschland nicht haben wollen, anstatt zu hoffen, dass diese Dinge so nicht passie-

Natürlich, manche Länder haben die Reduzierung der Einsatzkonzepte und der Ausstattung des Bundes zur Erweiterung des Katastrophenschutzes durch eigene Lösungen ein Stück weit kompensiert. Oft wurden die überörtliche Hilfe und die beschaffte Ausstattung aber auch nur für besondere Einsatzlagen wie Hochwasser, Starkregen, Stromausfall geplant. Im Bereich der Vegetationsbrandbekämpfung gibt es bis heute kein bundeseinheitliches Ausbildungs- und Einsatzkonzept, wobei dies aus Gründen des einheitlichen, schnellen und leistungsfähigen Einsatzes mehr als nötig ist. Die »Nationale Waldbrandstrategie« ist bisher über den Status des Planungspapiers noch nicht hinausgekommen.

Alle Beteiligten tun gut daran, jetzt eine »nationale Gefahrenabwehrstrategie« aufzustellen. Trotz und wegen dem Förderalismus kommt dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) eine besondere Rolle zu. Und ja, das Amt hat verstanden, diese Rolle zu füllen. Es betont den Warnmittelmix im Modularen Warnsystem des Bundes und hat vor allem das so genannte Fähigkeitsmanagement für Großschadenlagen entwickelt. Unabhängig von Einsatzkonzepten der Länder werden im Fähigkeitsmanagement Einheiten für verschiedene Lagen definiert aktuell vor allem zur Vegetationsbrandbekämpfung, zur Wasserförderung und zur Führung und Leitung im Einsatz. Diese einheitlich gegliederten Einheiten mit einer definierten Einsatzfähigkeit und einer daraus abgeleiteten Ausstattung sind optimal für eine schnelle überörtliche Verlegung, einen leistungsfähigen Einsatz und die geforderte wie notwendige Autarkie. Ja, die Einheiten im Fähigkeitsmanagement sind so etwas wie die LZ-W und LZ-R 2.0.

Sowohl die anfordernde Stelle als auch die bereitstellende Organisation wissen beim Fähigkeitsmanagement über die Voraussetzungen und die Gliederung einereits sowie die Einsatzfähigkeit andererseits. Beides ist für den einheitlichen überörtlichen Einsatz schlicht erforderlich!

Die Länder tun gut daran, eigene Gliederungslösungen nicht weiter zu verfolgen und Einheiten nur noch nach dem Fähigkeitsmanagement aufzustellen. Und der Bund ist aufgefordert, weitere Zivilschutzkonzepte schnellstmöglich zu entwickeln und umzusetzen. Denn Deutschland muss sich wieder auf Ungewolltes vorbereiten!